

# Hauptforderungen der BUNDjugend Berlin im Superwahljahr

1. Die Natur muss als Grundlage unserer Existenz gesehen, statt von Menschen immer weiter ausgebeutet und letztlich zerstört zu werden. Daher fordern wir die Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt, damit sie ihre Rechte selbstständig einfordern, einklagen und durchsetzen kann.
2. Wir fordern die Ausrichtung der Wirtschaft an ein kooperatives, demokratisches, ökologisch nachhaltiges und solidarisches Wirtschaften, in dem sich an dem Gemeinwohl orientiert wird, sodass der Postwachstumsgedanke das kapitalistische System mit seinem Streben nach unendlichem Wachstum bei zugleich endlichen Ressourcen ersetzt. Wachstum darf nur in sozial- und umweltverträglichen Bereichen bestehen.
3. Wir fordern eine sozial-ökologische Verteilung von Fördergeldern für die Landwirtschaft, insbesondere die der GAP, um eine Agrarwende zu ermöglichen, in der Biodiversität, Umwelt- und Klimaschutz ebenso maßgebend sind, wie kleinbäuerliche Betriebe finanziell zu unterstützen.
4. Wir fordern einen konsequenten Einsatz für Tierwohl in der Landwirtschaft und daher vor allem die sofortige Abschaffung industrieller Massentierhaltung.
5. Wir fordern den Stopp der Subventionierung klimaschädlicher Produkte, wie zum Beispiel Dieselmotoren oder Fleisch. Zudem muss eine sozial-ökologische Bepreisung (z.B. in Form einer Mehrwertsteuerreform und einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung) eingeführt werden, bei der die Produzierenden die gesellschaftlichen Kosten zahlen, die sie verursachen. Damit werden Produktion und Konsum von fair gehandelten sozial-ökologischen Produkten gefördert. Eine sozialverträgliche Umsetzung muss dabei gewährleistet sein.
6. Wir fordern die strenge Ausrichtung der Politik auf Klimaneutralität bis 2035 und daher eine Zielsetzung von 100 % Erneuerbaren Energien bis 2035.
7. Wir fordern, dass Kurzstreckenflüge, insbesondere Inlandsflüge, abgeschafft und durch Bahnverbindungen ersetzt werden. Dazu fordern wir insbesondere einen umfangreichen Ausbau des Schienensystems und den Ausbau von Nachtzügen.
8. Wir fordern autofreie Innenstädte nach dem Modell des Volksentscheids "Berlin autofrei" sowie den Ausbau des ÖPNV und den Umbau zu einem fahrrad- und fußfreundlichen Verkehr.
9. Wir fordern ein bundesweites Gesetz zur Mietpreisbegrenzung, das mit Rücksicht auf die Schwachstellen des Mietendeckels einen Beitrag zum Ziel Bezahlbarer Wohnraum für alle leistet. Wir unterstützen die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne, wie sie in Berlin von der Initiative "Deutsche Wohnen und Co. enteignen" gefordert wird.

10. Wir fordern ein Bildungssystem, welches durch faire finanzielle und personelle Ausstattung sowie politische Bildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen Umfeld gleiche Möglichkeiten und Chancengleichheit eröffnet.
11. Wir stellen uns gegen jede Form der Diskriminierung und fordern, dass Engagement im Kampf gegen Diskriminierungen auf gesellschaftlicher sowie finanzieller Ebene geschätzt und gefördert wird. Zudem braucht es Studien, die zur Aufklärung von institutionellen Ausprägungen von Diskriminierung beitragen.
12. Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Damit sie über diese Zukunft auch mitentscheiden können, fordern wir die bundesweite Wahlaltersenkung bei allen Wahlen von 18 auf 16 Jahre.